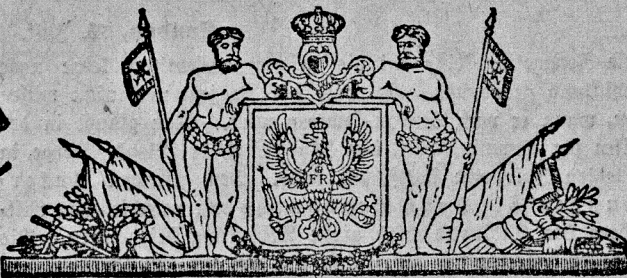


Wossische



Zeitung

1.50 Mark
(Im Ausland: 2 Mark)

Begründet 1704
Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): I. V. Dr. W. Edwards-Bln. Univ. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

Die „kommunistischen“ Rathenau-Mörder.

Was Ludendorff den Engländern erzählt.

Vor einigen Tagen veröffentlichte ein Berliner Spätabendblatt Mitteilungen über den Inhalt eines Interviews des Berliner Korrespondenten des Londoner „Daily Express“ mit dem General Ludendorff. Das Interview bezog sich auf die politische Urheberschaft des Rathenau-Mordes, und die Äußerungen Ludendorffs klangen so merkwürdig, daß wir zunächst die Möglichkeit einer Mystifikation oder einer völlig irreführenden Wiedergabe in Betracht zogen und unsere Stellungnahme bis zum Eintreffen des Londoner Blattes vertagten. Der „Daily Express“ vom 13. Juli liegt uns jetzt vor, und wir müssen mit Bewunderung und Befremden feststellen, daß die — schriftlichen — Ausführungen des Generals (falls sie der Korrespondent nicht völlig sinnwidrig ins Englische übersetzt hat) genau so absurd sind, wie sie in jener ersten Meldung wiedergegeben wurden.

Der „Daily Express“ rückt ihre Absurdität von vornherein ins hellste Licht, indem er dem Interview die Ueberschrift gibt: „Kommunisten die wirklichen Mörder“ (Communists the real assassins). Hat das Herr Ludendorff behauptet? Er hat es wirklich behauptet. Er sagte einfach und prägnant: Die Erklärung der Ermordung Dr. Rathenaus liegt in der Tatsache, daß die Ermordung deutscher Minister vor mehr als einem Jahre von kommunistischen Organisationen beschlossen worden ist. In ernsthaften politischen Kreisen gibt es keine Mörderorganisationen.

Die Organisation C ist offenbar eine kommunistische Gründung, die mit Geld von kommunistischer Kapitalisten finanziert wird, die Herren Schulz und Willems sind nur irrtümlich nach Horthy-Ungarn geflüchtet, während sie eigentlich zu ihren Moskauer Freunden wollten, und die Tschow und Günther stehen nicht, wie man bisher annahm, rechtsradikalen Soldaten- und Jugendbänden nahe, sondern dem Kreise von War Holz. Die amtliche und halbamtliche Kriegsberichtserstattung war selbst in ihren schlimmsten Zeiten ein Muster von Aufrichtigkeit und Wahrheitsliebe im Vergleich mit dieser Art von Aufklärung der Tatsachen.

General Ludendorff hat dann auch noch die Frage des englischen Journalisten beantwortet, warum er eine sozialistische Regierung in Deutschland für verderblich halte. Er hat gesagt, daß eine sozialistische Regierung Deutschland bolschewisieren und unter den Einfluß der Dritten Internationale bringen werde. Ob Herr Ludendorff noch immer seine Lieblingsidee verfolgt, sich den Engländern als Helfer und Schirmer gegen den Bolschewismus zu empfehlen, wissen wir nicht. Aber es müßte ihm doch bekannt sein, daß die beiden sozialistischen Parteien, die für die Beteiligung an der Regierung in Deutschland überhaupt in Betracht kommen, durchaus antibolschewistisch sind, und daß sie die Methoden und die Ansprüche der Dritten Internationale genau so scharf und eindeutig bekämpfen wie die bürgerlichen Demokraten. Nicht, wenn und weil die Sozialdemokraten mitregieren, entsteht die Gefahr der Bolschewisierung Deutschlands, sondern nur, wenn die Ententepolitik die deutsche Wirtschaft vollends zerlegt und das deutsche Volk vollends zur Verzweiflung bringt. Wenn Herr Ludendorff dies in einem englischen Blatte betont hätte, so hätte er sich ein Verdienst erworben.

Dr. E. St.

Die Beratung beim Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident ist heute kurz vor 9 Uhr vormittag in Berlin eingetroffen; um 11 Uhr vormittags erschienen bei ihm Reichszkanzler Dr. Wirth und Vizekanzler Bauer. Eine offiziöse Mitteilung über diese Besprechung beim Reichspräsidenten, die über eine Stunde gedauert hat, besagt, daß sie der innen- und außenpolitischen Lage gegolten hat. Zu einem Ergebnisse hat die Beratung naturgemäß noch nicht führen können, da der Reichspräsident nach dem Vortrage des Kanzlers auch die Vertreter der Parteien hören will. Bis jetzt sind Einladungen an die Parteiführer allerdings noch nicht erfolgt, sie sind aber für den Nachmittag oder Abend zu erwarten.

Inzwischen werden die Parteien zu der wichtigen neuen Tatsache, die gestern geschaffen worden ist der Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Fraktionen, Stellung genommen haben. Die beiden sozialistischen Fraktionen haben heute vormittag ihre erste gemeinsame Sitzung abgehalten, in der die Ausgestaltung der Arbeitsgemeinschaft erörtert und Richtlinien für die gemeinsame weitere Taktik festgelegt wurden. Von den anderen Koalitionsparteien hat heute vormittag das Zentrum getagt, die Demokraten werden erst am Nachmittag zusammentreten. Ueber die Stellungnahme dieser beiden Koalitionsparteien zu der Frage, ob die Arbeitsgemeinschaft parlamentarisch einer Fusion der sozialistischen Fraktionen gleichzuachten ist, läßt sich im Augenblicke Abschließendes nicht sagen.

Am Nachmittag tritt das Reichskabinett zusammen. Auch im Kabinett wird heute eine Aussprache über die innerpolitische und

parlamentarische Situation erfolgen. Nicht in direktem Zusammenhang damit soll, wie es heißt, auch die Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten erörtert werden, die nun, nachdem der bei Deutschland verbliebene Teil Oberschlesiens von der Ententebesetzung befreit ist, akut geworden ist.

*

Der nassauische Kommunallandtag sprach dem Vertreter der Provinz Hessen-Nassau im Reichsrat, von Erott zu Solz, mit großer Mehrheit ein Misstrauensvotum aus durch Annahme

eines Antrages der demokratischen Partei, in dem es heißt: „Gegen die Haltung des Vertreters der Provinz Hessen-Nassau im Reichsrat zum Regierungsentwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik erhebt der Kommunallandtag des Regierungsbezirk Wiesbaden entschiedenen Protest. Er erklärt, daß diese Entscheidung des Vertreters von Hessen-Nassau im schärfsten Gegensatz zum Willen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung von Hessen-Nassau steht.“ Der Kommunallandtag beschloß, diese Kundgebung dem Reichsrat, dem Reichstag, der Reichsregierung, dem preußischen Landtag und der Staatsregierung zu übermitteln.

Polen vor der Staatskrise.

Pilsudski tritt zurück.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Warschau, 15. Juli.

Der Staatspräsident Pilsudski richtete anläßlich der Wahl Korfantys zum polnischen Ministerpräsidenten ein Schreiben an den Sejmarschall, das folgenden Wortlaut hat:

„Weder sachlich noch persönlich auf die möglichen Folgen der Berufung des Abg. Korfanty eingehend, erkläre ich mich außerstande, an seiner Arbeit Anteil zu nehmen, da nach vergeblichen Bemühungen, die Parteien zu einem Kompromiß zu bringen, dies meinen Anschauungen von der inneren Lage und meinem Pflichtgefühl als Staatschef widersprechen würde. Ich erkläre, daß ich Herrn Korfanty, bei der Regierungsbildung nicht hindern werde, daß ich jedoch geneigt sein werde, mein Amt niederzulegen.“

Wie vorauszusehen war, treibt dieser Wunsch, einen knappen Abstimmungsieg a outrance auszunützen, wozu sich der nationaldemokratische Parteiblock leiten ließ, den polnischen Staat in die größte Gefahr und steigert den Kampf, der ihn seit sechs Wochen sieberhaft schüttelt.

„Przeglad Bizorny“ schreibt: Wir stehen vor dem Bürgerkrieg, und das Zentralkomitee der sozialistischen Partei erläßt heute einen Aufruf an das arbeitende Volk in Stadt und Land, der die Lage als besorglich bezeichnet und zum Schutze der demokratischen Republik aufruft.

Oberschlesische Einflüsse.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

we Breslau, 15. Juli.

Die Präsentierung Korfantys zum polnischen Ministerpräsidenten durch den Hauptausschuß des Warschauer Sejms wird hier nicht zuletzt auf oberchlesische Einflüsse zurückgeführt. Die nationale Arbeiterpartei, die bisher mit der Linken gestimmt hat, hat sich in der jetzigen Kabinettskrise gespalten und den Rechtsparteien angeschlossen. Der Hauptstich der nationalen Arbeiterpartei ist bekanntlich Oberschlesien, wo sie auch den Woyewoden stellt.

Die Breslauer „Volkswacht“ macht darauf aufmerksam, daß Korfanty seine geringe Stimmenmehrheit wohl dieser Tatsache verdankt, da er durch den Abstimmungsstumpf und als Präsident der wichtigsten Pachtgesellschaften für oberchlesische Staatsbergwerke eine große Anzahl öffentlicher Persönlichkeiten Polnisch-Oberschlesiens in Abhängigkeit von sich gebracht hat. Daß die Tatsache der Ernennung Korfantys in allen deutschen Kreisen, die mit Oberschlesien verbunden sind, überaus Unheil aufgenommen wird, versteht sich von selbst.

Das zitierte sozialdemokratische Blatt z. B., dem nationale Berührung ganz fern liegt, weist darauf hin, daß Korfanty es war, der vor dem Kriege der Methode der nationalen Massenagitation innerhalb der polnischen nationalen Bewegung zum Siege über die friedliche Methode nationalen Wettkampfes verholfen hat. Wie wenig er dann formelles Recht, auch Völkerecht, hätte, hätten seine Führungen der polnischen Aufstände in Oberschlesien gezeigt. Sein Ruf als Gewaltpolitiker im Zusammenhang mit der Rücktrittsdrohung Pilsudskis, was weitere schwere innere Kämpfe befürchten läßt, werde den polnischen Kredit nicht heben können.

*

Der preußische Minister des Innern Severing hat durch einen Erlass an alle in Frage kommenden Stellen angeordnet, daß die noch bestehenden Selbstschutzformationen in der Provinz

Oberschlesien bis zum 16. Juli einschließlich sich aufzulösen und die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abzuliefern haben, widrigenfalls die Betreffenden schwere Strafen zu gewärtigen haben.

Der Kampf um die Macht.

Neupolen geht den Weg, der hier wiederholt vorausgesagt wurde: aus der Ministerkrise ist seit gestern eine Staatspräsidentenkrise geworden, und diese muß naturgemäß zu einer Staatskrise führen, deren Verlauf und Folgen schlechterdings nicht voraussehen sind.

Schlachta und Demokratie rüsten sich in Warschau zum entscheidenden Kampf um die Macht. Man weiß, daß dieser Kampf sich nicht erst seit dem Tage abspielt, an dem der nationalistische Block des polnischen Sejm Wojciech Korfanty aufs Schild erhoben hat. Es handelte sich auch gar nicht um die Person des Herrn Korfanty: ebenso gut hätten General Saller, Roman Dmowski oder Sejmarschall Trampczynski die nationalistische Kampfanlage an den polnischen Liberalismus und Sozialismus übernehmen können. Es galt eben, die Forderung der polnischen Schlachta dem derzeitigen Staatschef, Marschall Pilsudski, zu überbringen. Denn darüber mußten sich die Herren von rechts von vornherein klar sein, daß Pilsudski den Kampf annehmen wird, indem er zunächst seinen Rücktritt erklärt und dadurch den ihm aufgezungenen Kampf von Fraktionszimmern, politischen Klubs und geheimen politischen Konventikeln nach draußen verlegt.

Vielleicht auf die Straße? Schon vor Wochenfrist, als es sich darum handelte, dem Uebergangskabinetts Sitwinski irgendeine, auch nur halbwegs tragbare Sejmmehrheit zu verschaffen, warnte in öffentlicher Sejmung die maßgebendste Politiker Polens, der Bauernführer Witos, ebenso wie der Sozialistenführer Dajzynski mehr als deutlich vor „kommenden Gefahren einer rohen Gewalt“. Sie sprachen von „Kämpfen außerhalb des Rechtes“, von „brüdermördernden Kämpfen“, von „Gewitterstürmen auf den Straßen“, von „Feuerflammen und Illuminationen auf den Gütern“. Wer weiß, ob diese Volksführer nicht schon sehr bald mit ihren Warnungen recht behalten werden? Der derzeitige polnische Sejm ist ein Zerbild des polnischen Volkes, das er angeblich vertreten soll. Reichlich 60 Prozent der Bevölkerung des sehr uneinigen Polens macht die Bauernschaft aus, die in ihrer politischen Ansicht zwischen bürgerlichem Liberalismus und gemäßigtem Sozialismus pendelt. Die polnische Arbeiterpartei bekennt sich zum größeren Teil zur Formaldemokratie, zum kleineren zu einem Sozialismus, der in jüngster Zeit sich immer mehr und mehr radikalisiert. Die Intelligenz hat nur zum sehr geringen Teil für die Wünsche, Forderungen und Hoffnungen der Rechten und Allerersten Verständnis. Die Armee, soweit es sich um das Offizierkorps handelt, geht durch die und dünn mit ihrem Marschall Pilsudski, in dem sie nicht nur den Schöpfer und Führer der ehemaligen Regionen, sondern auch den Mann sieht, von dem sie ein Freibleiben der polnischen Armee von fremden militärischen und militärischen Einflüssen erhofft. Dieser gewaltigen Mehrheit des polnischen Volkes gegenüber steht die polnische Schlachta, die seit Jahrhunderten nichts lernt und nichts vergißt, die vom ehemaligen Selbstherrschertum des polnischen Magnaten träumt, vom Liberum veto des einzelnen, vom Sichausleben auf Kosten des „schwarzen Knodens“.

Zwischen diesen beiden fest zusammengeschweißten und in den anzuwendenden Mitteln nicht gerade wählertischen Bevölkerungsschichten soll und wird wohl jetzt der Kampf um Neupolens Zukunft ausgefochten werden. Aber noch ein anderes kommt hinzu. Das neue Polen ist ausgesprochen Nationalitätenstaat, in dem die eigentlichen Polen nur die Minderheit ausmachen und andererseits politisch und kulturell keineswegs homogener Art sind. Zwischen dem Kongresspolen und dem Posener, zwischen diesem und dem Galizier gähnen Abgründe, vom polnisch gewordenen Wilna, vom polnischen Wolhynien und Podolien, vom zu Polen geschlagenen Oberschlesien schon gar nicht zu sprechen, die tatsächlich Staaten im Staate ausmachen. Der radikale Nationalismus hat im Polenschen sein Domizil aufgeschlagen und hat für Warschau weder Liebe noch Verständnis. In Galizien ist ein Konservatismus einheimisch, der von der Demagogie